

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Reichsbahn Dresden.
Fernsprecher: Sammelnummer 25 241
Zur für Nachgespräche: 20 011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich M. 20.—, aber durch die Post des täglich zweimaligen Verkaufs monatlich M. 30.—
Die Spätsage ist nur dreie Zellen M. 7.— außerhalb Sachsen M. 8.— Familien-
abende, Anzeigen unter Seiten- und Werbungsmarkt, Spätsage Ein- und Be-
hälften die Zelle M. 5.— Sonntagszeitung und Ausgabe gegen Vorabendzeitung. Einzelnummer M. 7.— Sonntagsausgabe M. 25.—

Schriftheit und Bezugsschiffahrt:
Marienstraße 38/40.
Dresd. u. Berliner Zeitung von Leipzig & Reichsmarke Dresden.
Postleitzahl-Sammel 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachrichten“) gestattig. — Unerlaubte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Georgenfeld-Zinnwald (Sachsen)
Bahnhof: Geising-Altenberg
Kipendorf: Städtl. Kraftwagenlinie Georgenfeld

In wundervoller Höhenlage von 900 m mit unvergleichlich schönem Fernblick auf die Sächsische Schweiz, das Riesengebirge und den Milleschauer

Sporthotel Lugsteinhof

O. Simons

Sonnabends: Reunion — Sonntags: Künstler-Kapelle

Georgenfeld-Zinnwald (Sachsen)
Telegr.-Adr.: Lugsteinhof Zinnwald (Sachsen)
Fernsprecher: Lauenstein 58

Behagliche, vornehme Räume. Erstkl. Verpflegung
Solid Preise. Pension: Zimmer einschl. reichlicher
erstkl. Verpflegung 250,- ohne Verpflegung 75,-

Die Währungskatastrophe in Mitteleuropa.

England und der Sturz der Mark.

London, 7. Juli. Ein Berliner Bericht des "Telegraph" teilt folgendes mit: Die Markvaluta habe den Gefahrpunkt erreicht und im Oktober wäre es bereit zu spät für eine Aktion der Alliierten in der Richtung auf eine Stabilisierung. Deshalb sei nunmehr wenigstens eine kleine Aufleihung oder ein kurzer Anfluss für weitere Zahlungen ratsam; denn die Zahlung von monatlichen Raten führe unbedingt zu einer weiteren Steigerung der Inflation, während anderseits in Abwehr des den Borsanschlag steigenden Extrags der Steuern eine Balancierung des inneren Reichsbudgets möglich erscheine. Beweisen wird, dass der Bericht als Argument hinzügt, die Konkurrenz Deutschlands als Unternehmer auf dem Weltmarkt sei jetzt wesentlich vermindert.

London, 7. Juli. (Reuter.) Beim Empfang einer Abordnung von Baumwollspinnern äußerte Lloyd George gestern schwere Vorwürfe wegen des Marksturzes in Deutschland. Da die deutschen Arbeiter um 50 Prozent geringere Röhne erhalten als die englischen, seien gesetzgebende Maßnahmen in Großbritannien gegen diesen verhängnisvollen Wettbewerb notwendig. (W. T. B.)

Deutsche Geldwertscheine zu 20 000 und 50 000 Mark.

London, 7. Juli. Wie wir erfahren, bestätigt die Reichsbank die Herausgabe von Geldwertscheinen zu 20 000 und 50 000 M. Mit der Vorbereitung der Verstellung dieser Wertescheine ist bereits begonnen.

Weitere Erhöhung der Postgebühren in Aussicht.

Berlin, 7. Juli. Eine neue Erhöhung der Postgebühren dürfte schon heute als völlig unvermeidlich angesehen werden. Obwohl eine Erhöhung der Gebühren erst am 1. Juli in Kraft treten ist, zeigt sich doch jetzt schon, dass diese leichte Erhöhung bei weitem nicht ausreicht, den Posttarif ins Gleichgewicht zu bringen, wie es von der Rentenrate verlangt wird. Es steht fest, dass sich für das laufende Rechnungsjahr bei der Reichspostverwaltung ein Fehlbetrag von mindestens 11 Milliarden Mark ergeben wird. Ein solcher Fehlbetrag kann nicht ohne weiteres gedeckt werden. Wie wir hören, wird das Reichsministerium sich bereits in allerhöchster Zeit mit der erforderlichen Erhöhung der Postgebühren zu beschäftigen haben. Der zuständige Postgebührenausschuss des Reichstags wird aller Voransetzung nach während der Sommerpause zur Beschlussfassung über die zu erwartenden Vorlagen einberufen werden.

Vor einer neuen Teuerungsaktion der Beamten.

Berlin, 7. Juli. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen erfahren, sind die Spitzenorganisationen der Beamtenchaft am Donnerstag zusammengetreten, um zur Frage einer Teuerungsaktion in Stellung zu nehmen. Warum sind die letzten Erhöhungen der Teuerungsauslässe noch nicht einmal zur Auszahlung gelangt, aber die ungeheuer wachsenden Teuerungen lädt die Forderungen der Beamten von vorn-

berein als begründet erscheinen. Die Reichsregierung dürfte zweifellos bereit sein, den Forderungen der Beamtenchaft Rechnung zu tragen.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten im Juni.

Berlin, 7. Juli. Die nach den Erhebungen des statistischen Reichsamtes über den Aufwand der Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung berechnete Indexziffer für die Lebenshaltungskosten ist im Durchschnitt des Monats Juni auf 37,99 gestiegen gegenüber 34,62 im Monat Mai. Die Steigerung beträgt danach 9,2 Prozent gegen 9 Prozent vom April zum Mai. Die Ernährungskosten haben sich in ungefähr gleichem Maße, wie die Gesamtausgaben erhöht, in man in Frankreich allerdings noch sehr weit entfernt. Bissher zeigt sich die Ernährungskosten helltlich im Durchschnitt des Monats Juni auf 51,19. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist hauptsächlich durch wesentliche Preiserhöhungen für Nahrungsmittel wie Fleisch, Butter, Eier und Milch verursacht. Auch Brennholz, sowie Gas und Elektrizität sind überall teurer geworden. Anderseits haben sich die in den Vormonaten besonders stark im Preis gestiegen Kartoffeln wieder zurück in der Preisliste überall wesentlich verdängt. Die erhebliche Preiserhöhung infolge der neuen Valutaver schlechterung kommt in der Indexziffer für Juni noch nicht zum Ausdruck. In den mittleren und kleineren Städten zeigt sich diesmal ein stärkerer Fortschritt der Teuerung als in den Großstädten. (W. T. B.)

Panik an der Wiener Börse.

Berlin, 7. Juli. Die Devisenhäuse hat nach einer kurzen Unterbrechung heute ihre Fortsetzung gefunden. Im Zusammenhang mit Berlin erreichten die fremden Zahlungsmittel Kurie, wie sie bisher in Wien nicht zu verschiedenen waren. Mittags notierten Tschechoslowakei 48, Ungarische Kronen 1770, Polnische Mark 4,17, der Dollar 23,500, Französische Franken 1810 (für einen Franken), Schweizer Franken 1900 und Reichsmark 44%. Die Regierung sieht die dieser Tatsache machlich gegangen über. Eine Bankkonferenz soll neue Maßnahmen beschließen. An der Börse waren Gerüchte verbreitet, dass der Devisenhandel überhaupt verboten würde. Die ungewöhnlichen Steigerungen bewirkten sowohl bei den Käufern als auch bei den Verkäufern eine Panik.

Ungarische Regierungskrise wegen der Lebensmittelteuerung.

Budapest, 7. Juli. Wegen der großen Lebensmittelteuerung droht eine Regierungskrise. Der Finanzminister hat seine Demission angezeigt, wenn ihm nicht das Bodensteuergebot bewilligt werde.

400 Milliarden Defizit in Polen.

Warschau, 7. Juli. Im Parlament sprachen der Führer der Polnischen Partei, der frühere Ministerpräsident Witos, in sehr scharfer Weise über die Parteiunruhen. Es gab nur eine Lösung: Eine Einigung zwischen der Linken und der Rechten müsse herbeigeführt werden. Dagegen erhob sich kürzlich ein Widerstand auf der Rechten. Der Finanzminister hat mitgeteilt, dass das Defizit dieses Jahres tatsächlich 400 Milliarden betrage, und dass zu seiner Deckung eine Erhöhung der Einkommensteuer und der Eisenbahnsteuer erfolgen müsse. Eine Auslandsanleihe könne Polen nicht bekommen.

Der Buchdruckerkreis und seine Folgen.

Berlin, 7. Juli. Der auf der Leipziger Gewerbeausstellung der Buchdrucker gestellte Antrag, eine Sympathie-Eklärung für die Berliner Buchdrucker abzugeben und die von ihnen angesetzte Lohnforderung auf das ganze Reich in Anwendung zu bringen, ist in dieser Form nicht angenommen worden. Es wurde lediglich den Berliner Kollegen Sympathie ausgesprochen, im übrigen aber beschlossen, die zurzeit in Berlin stattfindenden Verhandlungen nicht zu durchkreuzen. Unabhängig hiervon haben aber die Münchener Buchdrucker bereits die Forderungen der Berliner Buchdrucker sich zu eigenen gemacht. Ob es dort ebenfalls in einem Streik kommen wird, steht noch nicht fest. Auch von Seiten des Deutschen Werkmeisterverbandes ist den Streikenden die Unterstützung mit allen Mitteln gesichert worden, allerdings hat man von einem Solidaritätsstreik der Werkmeister zunächst noch abgesehen. — Nach Mitteilung von unterrichteter Seite sollen die Werkzeichen behende der Reichsdruckerei doch nicht in so ausreichendem Maße vorhanden sein, wie die Reichsdruckerei jetzt noch gestern erklärte. Bisher allerdings habe die Reichsdruckerei noch allen Anforderungen der Reichsbahn, der die Bereitstellung der Räume obliegt, voll entsprechen können; dagegen sollen die Räume an Postverwaltungen, wenigstens in den ganz besten Werken, nur noch bis zur Mitte der kommenden Woche ausreichen. In einer ähnlichen Lage befindet sich die Berliner Straßenbahnen, die täglich einen Bedarf von 1½ Millionen Fahrkarten hat und deren Vorstehe ebenfalls nur noch bis zur nächsten Woche den Anforderungen genügen dürften.

Gescharterter Vermittlungsvorschlag des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 7. Juli. Die Lage im Buchdruckerkreis hat hente dadurch eine Veränderung erfahren, dass auf Grund eines

Vermittlungsvorschages des Reichsarbeitsministers direkte Verhandlungen zwischen den Parteien stattgefunden haben. Minister Dr. Braun hatte den Buchdruckern vorgelegte, die Arbeit wieder aufzunehmen, worauf dann vom Tage der Wiederaufnahme ab die Löhne in Anwendung kommen sollten, die der am 11. d. M. in Leipzig zusammengetretene Tarifausschuss festlegen würde. Außerdem sollte eine einmalige Wirtschaftshilfe in Höhe von 300 M. zur Auszahlung gelangen. In den Besprechungen über diese Anregung machte sich bei den Arbeitnehmern unter gewissen Bedingungen eine Einigkeit zur Annahme bemerkbar, während von Arbeitgeberseite dieser Vorschlag als unannehmbar bezeichnet wurde und als Grundbedingung ein Verzicht der Arbeitnehmern auf besondere Differenzierung in der Entlohnung der verschiedenen Spezialarbeiter verlangt wurde. Aufgrund dieser ablehnenden Haltung der Buchdruckereibesitzer besteht dann die Funktionärsversammlung der Buchdrucker, weiter im Streik zu verharren. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürften jedoch die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien morgen Sonnabend ihren Fortgang nehmen.

Die bürgerliche Presse und der Zeitungskrieg.

Berlin, 7. Juli. Der Bezirksverband Berlin des Reichsverbandes der deutschen Presse hat sich mit dem Zeitungskrieg beschäftigt. Man stimmt darin überein, dass der rein gewerkschaftliche Charakter des Krieges durchbrochen sei dadurch, dass die sozialistische Presse wie der erscheine. Es müsse deshalb auch den bürgerlichen Parteien die Möglichkeit gewährt werden, zu Worte zu kommen. Es bestehen danach keine Bedenken, dass sich Kollegen an einer geplanten Notstandszeitung beteiligen. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die noch heute über Einzelheiten verhandelt.

Ein deutsches Arbeiterheer nach Frankreich?

Poincaré hat im Senat zugeben müssen, dass die finanzielle Reparationspolitik an einem Scheidewege angekommen ist. Das ist allerdings auch ohne dies Eingeständnis längst klar geworden, und wo die Einsicht finanzielltechnischer Hilfskosten durchaus nicht kommen will, fügt der ungeheure deutsche Valutaufersatz, sorgt auch der zwar langsame, aber unvermeidbare Rückgang des Franken zum mindesten für das Dämmern der Erkenntnis, dass etwas gekehrt muss. Von der unbedingt notwendigen Konsequenz, dass das Scheitern der bisherigen Reparationspolitik zu einem Rückwärtschrauben des wirtschaftlichen und politisch unmöglich auf reale Möglichkeiten führen muss, ist man in Frankreich allerdings noch sehr weit entfernt. Bissher zeigt sich die Erkenntnis nur in einer auf höchste gefeierte Nervosität, die von einem Extrem ins Andere führt, die auf einer Seite den Zwang mit allen Mitteln androht, auf der anderen Seite den Planen der vier Jahre lang verschworenen Sachleistungen plötzlich neues Leben verleiht, um aus der deutschen Konkurrenz zu retten, was zu retten ist. Poincaré selbst ist der sichtbarste Ausdruck dieser Nervosität. In einer Rede an die Vertreter des Handels und der Industrie spricht er gegen die Herabsetzung der Reparationen, gegen die Anteile, im Senat möchte er jedoch angeben, dass alle Zwangsmaßnahmen, die für Frankreich befehlen den Pläne über eine französische Steuererziehung, die Ausnutzung der Wälder, Beschaffnahme der Bausubstanz im besetzten Gebiet und selbst der Beschaffnahme der Rohstoffförderung auch nicht annähernd das einbringen können, was Deutschland zu zahlen hat. Er hat sie aber trotzdem als wichtigstes Instrument bezeichnet, um die deutschen Täucher zu öffnen. Der Umsturz macht bei Poincaré noch deutlicher dadurch bemerkbar, dass er statt der unmöglichen Zahlungen mit einem Male die großen Pläne des Ministers Le Troquer auf riesige deutsche Arbeitsleistungen in Frankreich propagiert. Hin- und Herrschwalten auf der ganzen Linie, aber die Gewalt bleibt noch immer Trümpe. Poincaré kann eben nicht aus seiner Haut heraus, er hat seit Friedensschluss die doministische Seele Frankreichs mit allen Mitteln ausgepeitscht, hat den Westen den deutschen Milliarden und zur Versünderung Deutschlands gewiesen, und nachdem er nun auf den Thron gesetzt ist, kann er seinen Gefolgsleuten vom nationalen Blod nicht einfach erzählen, dass seine Grosspredigten eitles Gesunken waren. Aber er sucht nach neuen Wegen. Und wenn er seinem Eingeständnis, dass die Reparationspolitik an einem Scheidewege stehe, den Tag anfügt, der Westen darf nicht zur Sadafasse werden, so wird er es sich wohl anschwerlich verstellen können, dass die ersten Schritte in die Sadafasse längst getan sind. Er sucht nach einem Anweg und glaubt ihn ancheinend in dem Riesenplane Troquers, mit Hilfe eines deutschen Arbeiterheeres und deutschen Materials große französische Verkehrspläne auszuführen, annehmen zu haben, ein Plan, der gegenwärtig der Reparationskommission zur Prüfung unterliegt.

In Deutschland haben diese großen Projekte infolge der inneren Müre leider nicht die Beachtung gefunden, die sie verdienen. Sie gehen zweifellos zurück auf die im November v. J. erschienene Entschiss der englischen Industrie, in der diese Wege gewiesen wurden. Auf die einzelnen Projekte braucht nicht näher eingegangen zu werden. Sie bezeichnen die Regulierung der Röhne, die 10 Jahre lang 12 000 deutsche Arbeiter beschäftigen und Deutschland 200 Millionen Franken tönen soll, die Regulierung der südfranzösischen Flüsse Tronçais und Dordogne mit 1800 bzw. 2500 deutschen Arbeitern auf 4 Jahre mit zusammen 248 Millionen Franken für Deutschland, den Vogesen und den Rhône von St. Maurice für die elässische Vogesen mit 600 Arbeitern und das Milliardenprojekt des Nordostkanals, der die Alpenberge Nordfrankreichs einerseits mit dem Saargebiet, anderseits mit der Schelde verbinden soll. Also endlich eine Verwirklichung des wiederholten deutschen Angebotes, mit Hilfe deutscher Arbeiter Frankreich wieder aufzubauen? Ein wirtschaftlich erreichbares Ziel? Hundert entfällt natürlich das für die deutschen Angebote in erster Linie maßgebende Moment, die durch den Krieg verwüsteten Gebiete wiederherzustellen, denn mit diesem Wiederausbau haben die Röne nichts zu tun. Die französische Industrie will sich die dort zu erzielenden Riesengewinne nicht entgehen und die französische Regierung will sich des vorzüglichen Propagandamittels der durch unverantwortlichen Scheidewege noch immer nicht völlig wiederhergestellten Gebiete nicht berauben lassen. Weiter muss aufstellen, dass die französische Bevölkerung über den Troquerschen Plan niemals eine Zusammenfassung der von Deutschland geforderten Arbeiterzahl und der notwendigen deutschen Aufwendungen geben. Bei einem Projekt fehlt die Zahl der Arbeiter, die durch die Zahl der Arbeitsstage erzeugt wird, bei dem andern die Zeitangabe usw. So ist man auf oberflächliche Schätzungen angewiesen, die ein Arbeiterheer von 35 000 Mann zum größten Teil auf 4 Jahre, zum kleineren Teil auf 12 Jahre ergeben und deutsche Aufwendungen von etwa 4 Milliarden Franken notwendig machen. Besonders die letzte Zahl schmeißt aber völlig in der Luft, da über die Bezahlung der deutschen Arbeiter nichts positivs